

erschint täglich  
mit Ausnahme der  
Sommer- und Festtage.  
Preis vierteljährlich  
hier mit Trägerlohn  
RM. 2.10, im Bezirks-  
und 10-Km-Bereich  
RM. 2.10, im übrigen  
Württemberg RM. 2.20  
Monats-Abonnement  
nach Verhältnis.

# Der Gefellschafter.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

92. Jahrgang.

Anzeigen-Gebühr  
für die einspalt. Zeile aus  
gewöhnl. Schrift über  
beiden Raum bei einm.  
Einschlag 12 Pf.  
bei mehrmaliger  
entsprechend Rabatt.

Druckerei 29  
Postfach 10  
5113 Stuttgart

№ 279

Mittwoch, den 27. November

1918.

## Die Spartakusgefahr.

In Kiel hat in den letzten Tagen eine neue Bewegung für Liebknechtsche Ideen für die Diktatur des Proletariats eingesetzt. Inzwischen kommen Meldungen aus Hamburg und Düsseldorf von Putschversuchen der Spartakusgruppe. In Hamburg mißlungen sie, in Düsseldorf fehlte die den Bürgermeistern gesungenen Arbeiter- und Soldatenräte des Bezirkes Niederhein. Sie stellten sich freier auf einer Bezirkskonferenz in Barmen mit großer Mehrheit auf den Standpunkt der Spartakusgruppe und forderten unter der Führung von Düsseldorf, Solingen und Remscheid die Diktatur des Proletariats. Der Arbeiter- und Soldatenrat in Braunschweig beschloß einstimmig eine Kundgebung an die Reichsleitung: „Die Einberufung der Nationalversammlung ist nicht das Gebot der Stunde. Die Notwendigkeit erfordert dringend die Einberufung eines Reichsarbeiter- und Soldatenrats“. Die gleiche Regsamkeit zu Gunsten Liebknechtscher Absichten wird aus München gemeldet. Die Kommunisten (Bolschewisten) hielten kürzlich eine große Versammlung ab. Der Hauptredner war der Befürworter der kommunistischen Idee, Sontheimer. Es genügt, aus seiner ungläubigen Rede folgende Stichproben zu geben:

„Die Waffenstillstandsbedingungen sind viel zu milde (!); hoffentlich rechnet die Entente noch weiter mit uns ab. Die Soldaten sollen sich nicht auf Neue der Kaiserlich-Subordination unterwerfen. Man brauche es nicht zu bedauern, wenn die gesamten Kriegsanleihen verloren wären. Sechshundert, vielleicht sogar

### nur dreistündige Arbeitszeit sollte eingeführt

werden. Wenn all das nicht alsbald verwirklicht werden, müsse noch einmal Revolution gemacht werden. Der Offiziersstand ist der unheilvollste, rückständigste, tierischste... Die Versammlung nahm mit Jubel das Wort auf. Der Anarchist Emil Blähsam erklärte, der Ruf nach der Nationalversammlung sei der gemeinsame Kampf der gesamten Revolution. Kein Beamter, kein Offizier des alten Regimes dürfe selbständig weiterarbeiten. Vertrauensmänner der Revolution müssen überall sein. Schließlich nahm die Versammlung eine Entschliebung an, in der die Eingehung aller Kriegsgewinne und die Ergreifung von Maßnahmen gegen den Abfluß der Kriegsgewinne ins Ausland verlangt wird; ferner die Verchiebung der Wahlen für die Nationalversammlung bis zur Rückkehr aller Feldgrauen in die Heimat.“

Zwischenburch gehen die russischen Bolschewisten. Der berühmte Redner schreibt über die Regierung Ebert-Scheidemann — und Haase in der „Iswesija“:

„Die gegenwärtige Politik Haases und Eberts ist nicht einmal eine Kapitulation, sondern ein Vorschlag, mit zuhelfen, um den Aufmarsch der internationalen Revolution gegen den Kapitalismus zu hemmen. Hieraus ergibt sich mit zehnfacher Beweiskraft der kontrarevolutionäre Charakter, der Adertritt der deutschen Internationalen, denn sie kann nicht einmal etwas zu ihrer Rechtfertigung herbeiführen. Die Bedrohungen werden aber bedroht sein, denn die Kräfte der Volksmassen und die Desorganisation des Wirtschaftslebens sind so groß, daß der Bolschewismus triumphieren wird, ehe die amerikanische Hilfe zur Verdrängung des Bolschewismus zur Stelle sein kann.“

Bei den Links-Unabhängigen ist man sich noch nicht ganz klar über den Vorteil oder Nachteil der Entente. Herr Liebknecht haßt auf ein strenges Nein der Allierten, er hofft auf die Hungerpanik, darauf, daß die Leute, wie einst der „Vorwärts“ schilderte, auf der Straße umfallen und Pest und Eruchen im Lande wüten. Dann wird seine Gistpflanze blühen. Denn dann ist Tod und Verderben, das Entsetzen aller gegen alle. Er wartet auf den Sturz von Ebert und Scheidemann. Zwischenburch beschwört der „Vorwärts“: „Erkennt euch selbst! Viele von Euch haben noch vieles zu lernen!“ dann ruft er, einseitig über das Ausgehen seiner früher ausgestreuten Saat: „Keine Siegerpose, kein verfliegener Nachblick!“ Ruhe und Demut ist aber in den Tagen vielen abhanden gekommen. Als die Republik ausgerufen war, da meldete man schon, daß auch bei den Feinden derselbe Zustand wie bei uns ausgebrochen sei. Der Bremer A- und S-Rat war es, der verkündete hatte, daß in der Nordsee englische Schiffe mit roten Fahnen erschienen, daß Marshall Foch erwidert und Präsident Poincaré stützig

seien. Aus der Verkündung der Gasbomben der Republik scheint das deutsche Volk nunmehr aufzuwachen. Das erste war die Drohung der Entente, nicht eher Lebensmittel zu liefern, nicht eher Frieden schließen zu wollen, als die das deutsche Volk sich eine Regierung ohne Zwang, ohne Handgranaten, ohne rote Fahnen und ohne Maschinenengewehre wählt. Diese erst wird von der Entente als gesühnlich anerkannt werden. So mancher ist erleichtert worden, als Marshall Foch die fürchterlichen Waffenstillstandsbedingungen nicht zu mildern gedachte, trotzdem er selbst von ihrer Unausführbarkeit überzeugt war. Die Entente lauert ja nur darauf, bei uns einzubrechen, um die sozialistischen Republikanhänger, besonders aber die Terroristen der Spartakusgruppe mit Stumpf und Stiel auszurotten. Rußland wird bald von dem Kreuzzug der Entente gegen den Bolschewismus rühres zu spüren bekommen. Es ist unnütz, sich von den Hoffnungen der Bolschewisten einwickeln zu lassen, daß in Frankreich und England auch der bolschewistische Gedanke festgen wird. Das ist ausgeschlossen, denn im Siegerstempel stürzt man nicht die eigene Regierung, und der französische oder englische Arbeiter hat immer mehr Nationaldemokratie gezeigt als der deutsche. Politische Wackeln der erworsten im Westen die Revolution. Die Antwort ist: „Keine Milderung der Waffenstillstandsbedingungen!“

Währenddessen weidet sich der Feind an dem Blute, das Deutschland ihm darbietet. Er gönnt uns den Bolschewismus, denn dann kommt die Unordnung, dann kann er in Deutschland einmarschieren. Dann hört mit einem Schlage die Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte auf. Dann schenkt uns der Gegner eine neue Regierung. Man will uns zur Verzweiflung, zu Bürgerkriegen führen, damit das Brandenburger Tor den Einzug afrikanischer Spatze erleiden kann. Dann wird man die Revolution zu Grabe tragen, — aber auch die deutsche Einheit, die heute schon von dem Terrorismus Berlins bedroht ist. Die Errichtung eines Völkerbundes ist nun weiter in die Ferne gerückt als je. In Washington wird amtlich bekannt gegeben, daß in den nächsten 3 Jahren 10 Ueberdecksdampfer, 6 Schlachtschiffe und 140 andere Kriegsfahrzeuge gebaut werden. Wo bleibt die Völkerverföhrung, von der unsere Ideologen träumten? Statt dessen sagt jenen Lloyd George: „Der Fortsch des Völkerbundes ist die Verewigung der Entente.“

Die nächsten Monate dürften wohl auch die letzten Schlösser zum Erroachen bringen.

## Tagebneigkeiten.

### Die Konferenz des deutschen Bundesrates.

Berlin, 25. Nov. WTB. Die Konferenz des deutschen Bundesrates begann kurz nach 10 Uhr im Kongresssaal des Reichskanzlerpalats. Etwa 70 Vertreter sind erschienen, neben einigen früheren diplomatischen Vertretern sehr viele bekannte Abgeordnete, die in ihrer engeren Heimat die Regierung übernommen haben und daneben noch unbekannte Männer, zum Teil im Roten- oder Soldatenrock. In der ersten Sitzung sind von den Vertretern des Reiches, während am dritten die Staatssekretäre und die Beigeordneten Platz genommen haben. Die Verhandlungen werden durch eine Rede des Vorsitzenden Balkenbraustragen Ebert eröffnet. Er führte aus: Die Arbeit, welche uns hier vereint, ist vom allergrößten Interesse für unser Land und Volk. Als wir die politische Macht übernommen, fanden wir vor einem Trümmerhaufen. Nun ist an Stelle der Monarchie die sozialistisch-republikanische Staatsform gesetzt worden, in der die Volksbeauftragten die Exekutiv haben, während die politische Macht in den Händen der Arbeiter und Soldaten liegt. Die nächsten Aufgaben sind: Völkerfriede und Sicherung des Wirtschaftslebens. Wenn die Waffenstillstandsbedingungen nicht bald wegfallen, hat dies die allerschlimmsten Folgen. Die Rettung heißt Präliminarfrieden. Inzwischen muß jeder Arbeiter und jeder Soldat seine ganze Kraft für den Wiederaufbau einsetzen, denn die Freiheit, die gesichert ist, wäre wertlos ohne Brot und ohne Arbeit. Alle Transportmittel müssen in den Dienst des Reiches gestellt werden. Die Kohlenförderung muß auf der Höhe gehalten werden. Solidarität muß sich überall geltend machen. Die Sozialisierung ist eingeleitet, aber ohne Experiment, nicht auf einzelnen Fabriken, sondern auf ganze Gruppen erstreckt, nach gewissen Stunden und unter Sicherung des wirtschaftlichen Bestes. Nun heißt es Arbeit schaffen, wozu die enge Einheit nötig ist. Die endgültige Regelung der Zusammen-

arbeit zwischen Reichsleitung und Bundesstaaten muß der Nationalversammlung vorbehalten werden, zu deren baldigen Einberufung wir entschlossen sind. Schon morgen wird das Kabinett das Wohlgeheh zur Nationalversammlung in Beratung nehmen. Borelli muß ein Provisorium zwischen Einzelstaaten und Reich geschaffen werden, was die Aufgabe der heutigen Sitzung ist. Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte sprach Staatssekretär Solz über unsere Beziehungen zu den bisherigen Gegnern und den östlichen Nachbarn, wobei er die Lage des Reiches als aufs äußerste bedroht darstellte, sowohl durch den nachsten Vernichtungswillen unserer Gegner, als auch durch die separatistischen Bestrebungen im Innern. Er schloß alle Hoffnung auf die heutige Versammlung, die der Reichsregierung die Vertretung nach außen einschränkunglos anvertrauen muß, und die Nationalversammlung so schnell wie möglich beruft. Nach ihm sprach Staatssekretär Erzberger über die Waffenstillstandsverhandlungen, wozuf auf Antrag des Präsidenten Eisner über beide Referate gemeinsam diskutiert wurde. Als erster sprach Eisner, der mit einem scharfen Protest gegen beide Staatssekretäre als Vertreter der alten Zeit begann, deren Referate nicht im entherofesten merken lassen, daß in Deutschland inzwischen die Revolution ihre Arbeit getan hat.

### Schutztruppe für Deutschostafrika.

Berlin, 25. Nov. WTB. Bekanntlich war seitens der Entente bei der ursprünglichen Festsetzung der Waffenstillstandsbedingungen folgende Forderung aufgestellt worden: Bedingungslos Übergabe aller Deutschen in Deutschostafrika kämpfenden Truppen innerhalb einer Frist von einem Monat. — Auf Grund der sofort erhobenen Vorstellungen der deutschen Vertreter, daß wohl selbstverständlich nicht die Abtötung vorliegen dürft, dieser Bedingung eine für die Truppe und ihren hervorragenden Führer entsprechenden Charakter zu geben, wurde vorgeschlagen, die noch in Deutschostafrika kämpfenden deutschen Streitkräfte durch die Allierten und die Vereinigten Staaten von dem Abschluß dieses Waffenstillstandes in Kenntnis zu setzen und die danach vereinbarten Bedingungen vorher mitzuteilen. Die dem Ersuchen wurde seitens der Allierten durch folgende Neuauflösung Rechnung getragen: „Inzug aller deutschen in Deutschostafrika kämpfenden Truppen innerhalb eines Monats.“ Auf erneute Vorstellungen, daß die Innehaltung dieser Frist voraussichtlich nicht durchführbar sein werde, wurde dann zugestanden, daß die Frist für die Rückführung von den Allierten festgesetzt werden solle. Den deutschen Forderungen auf ehrenvolle Behandlung und so hoch verdienten Generals v. Lettow Vorbehalt des Joch todesmutigen Truppe ist hierdurch wenigstens teilweise Rechnung getragen worden. Gleichzeitig wurde von der Waffenstillstandskommission u. a. die Anfrage an die englische Regierung gerichtet, wo die vorläufige Unterbringung der Truppe erfolge und in welcher Weise der Heimtransport stattfinden solle, insbe. ob hierzu deutsche Truppen aus der Heimat zu schicken seien. Ferner wurde um Uebersendung einer Liste der bis zurzeit noch bei der Truppe befindlichen Europäer ersucht und um Mitteilung gebeten, in welcher Weise die Postverbindung mit ihnen wiederhergestellt werden könne. Eine Antwort der englischen Regierung ist bislang der deutschen Waffenstillstandskommission noch nicht zugegangen. Sobald Gewißheit über die Fragen besteht, werden Veröffentlichungen in der Presse erfolgen.

Deutsche Waffenstillstandskommission  
gez. Staatsl. Erzberger, Vorsitzender.

### Laufing über die Lebensmittelversorgung Deutschlands.

Berlin, 25. Nov. (WTB. Amtlich.) Die deutsche Regierung hat durch Vermittlung der schweizerischen Regierung in der Frage der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln nachstehende Antwort des amerikanischen Staatssekretärs Laufing erhalten:

In einer gemeinsamen Sitzung der beiden Häuser des Kongresses vom 11. Nov. hat der Präsident der Vereinigten Staaten erklärt, daß die Vertreter der verbündeten Regierungen im obersten Referat in Versailles einem einstimmig gefaßten Entschlusse den Völkern der Mittelmächte zugesagt hätten, daß alles unter den gegenwärtigen Umständen Mögliche getan werden soll, um sie mit Nahrungsmitteln zu versorgen und um die tsaurige Not zu mindern, die zu so vielen Opfern ihr Leben bedroht und daß sofort Schritte unternommen wer-

den sollen, dieses Hilfswort in denselben Weise schematisch zu organisierten, wie dies im Falle Belgiens geschehen ist. Der Präsident gab ferner der Ansicht Ausdruck, daß es sich durch die Verwendung der drachliegenden Lorraine der Mittelstände ermöglichen lassen sollte, der bedrohten Bevölkerung der Mittelstände die Furcht vor äußerstem Elend zu nehmen und ihr Gelegenheit zu geben, ihre Aufmerksamkeit und ihre Kräfte den großen Aufgaben des politischen Landbaus zu widmen, denen sie ja überall gegenübersteht. In diesem Sinne beauftragt mich der Präsident zu erklären, daß er bereit ist die Verlegung Deutschlands mit Nahrungsmitteln in günstigem Sinne zu erwidern und diese Frage mit den verbliebenen Regierungen sofort aufzunehmen, vorausgesetzt, daß er die Versicherung erhält, daß in Deutschland wirklich die Ordnung aufrechterhalten wird und auch weiterhin aufrechterhalten bleibt und daß eine gerechte Verteilung der Nahrungsmittel unabweislich garantiert wird. (Bey. Lanfing.)

**Die Engländer in Sebastopol.**

Kiew, 25. Nov. WZB. Ein englisches Torpedoboot ist in Sebastopol eingetroffen. Morgen wird die englische Flotte dort erwartet. In Odessa ist als Vertreter der Entente Konul Henoi eingetroffen. Er hat dem Helman die Ankunft von Ententetruppen in Aussicht gestellt. Odessa und Charkow sollen zunächst von ihnen besetzt werden. Die Entente hat durch den Vertreter Henoi den deutschen Geschäftsführer in Kiew wissen lassen, daß sie die Aufrechterhaltung der durch den Helman geschaffenen Staatsordnung wünsche und die deutschen Truppen für verpflichtet erachtet, die Ordnung und Ruhe im Lande anrecht zu erhalten.

**Die Münchener Akten.**

Berlin, 25. Nov. In den von Herrn Kurt Eiser, dem derzeitigen bayerischen Ministerpräsidenten, veröffentlichten Dokumenten nimmt heute die „Deutsche Abg. Ztg.“ das Wort, nicht eigentlich im Namen der Reichsregierung, aber doch wohl nicht ganz ohne Zusammenhang mit ihr. Das halbamtliche Blatt legt im Namen der Wahrheit gegen diese Bruchstücke-Akten-Beröffentlichungen, die nur relative Bedeutung haben könnten, Verwahrung ein. Die deutsche Regierung sei bereit, festzustellen, ob Deutschland eine Mitschuld trifft. Das ganze Übergewicht der historischen Wahrheit könne jedoch erst hergestellt sein, wenn auch die Pariser und Londoner Berichte durch das französische Volk eröffnet sein würden. In diesem Zusammenhang teilt noch die „Kreuzzeitung“ mit, daß Herrn von Bethmann Hollweg und Jozow am 2. November im Reichskanzlerhaus gewesen seien um die Kriegsakten zu sichten, und daß der ehemalige Kanzler auf Grund des ihm zugänglich gemachten Materials eine Revisionsleistung seiner Politik zu schreiben gedanke.

**Eine neue Gefahr!**

Auf eine Velleiterung mit Kohlen aus dem Saarrevier kann Deutschland bei der derzeitigen Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen nicht rechnen. Umso höher und niederschmetternder trifft uns die vom W.L.B. aus Bruchsal am 24. Nov. veröffentlichte Meldung, wonach sich der Bergarbeiterstreik fast auf das ganze oberschlesische Kohlenrevier ausgedehnt und überall einen recht erheblichen Umfang angenommen hat. Das Verteilungssystem, das Berlin den Vorgängen im

deutschen Osten gegenüber anwendet, ist hier schon gekennzeichnet worden. Soll es jetzt noch fortgesetzt werden? Wollen die ganz unter polnischem Einfluß stehenden Arbeiter- und Soldatenräte der Ostmark den Anteil leugnen, den sie zweifellos haben an einem Streik, der Deutschland des zweiten wichtigsten Kohlengebietes beraubt und seinen völligen Zusammenbruch nach sich ziehen kann? Der Soldatenrat bei der Obersten Heeresleitung hat sich mit den polnischen Anmachungen befaßt — hoffen wir, daß er zu Taten drängen kann! Es ist die höchste Zeit.

Dresden, 24. Nov. Infolge der überstürzten Einführung des Achtstundentags und des Weglaufens vieler Erbsänger ist die Kohlen- und Braunkohlenförderung in Sachsen in der letzten Zeit außerordentlich stark gesunken, so daß die größte Gefahr entsteht, da schon bisher die Förderung unzureichend war.

**Der Rückmarsch.**

Karlsruhe, 25. Nov. Von Tag zu Tag nimmt die Zahl der Truppen zu, die bei Regau den Rhein überschreiten und durch Karlsruhe nach dem Osten der Heimat ziehen. Waren es anfangs nur vereinzelte Kolonnen, insbesondere große Lastautomobile, so ist es jetzt ein ununterbrochener Strom von Infanterie, Kavallerie, Artillerie und nicht endenwollenen Vagabundkolonnen, die die Hauptverkehrsader, durchfluten. Truppen, Pferde und Wagen, sämtliche in festlichem Schmuck von Lammgeweiden, Blumen und Fähnchen in den Farben aller deutschen Stämme. Die Hauptstadt Badens bereitet, wie die anderen rheinischen Städte, den zurückkehrenden einen herrlichen Empfang.

**Nur mit einer Mehrheitsregierung.**

Berlin, 25. Nov. WZB. Französische Blätter melden: Wie allgemein bekannt ist, werden die Alliierten nur mit einer solchen deutschen Regierung Frieden schließen, die die Mehrheit des deutschen Volkes vertritt. Man hält es nicht für unwahrscheinlich, daß es in Deutschland zu größeren Unruhen kommt. Sollten die Volksgewalten in Deutschland die Oberhand gewinnen, würde die Befehung größerer Ortsgemeinden Deutschlands einschließlich Berlins und anderer großer Städte unvermeidlich sein.

**Keine Trennung von Staat u. Kirche in Preußen.**

Berlin, 25. Nov. In Beantwortung zahlreicher telegraphischer und drucklicher Anfragen hat der Volksbeauftragte im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Konrad Häme, folgendes Telegramm an die „Kölnische Zeitung“ in Köln gerichtet, in dem er auf das unerschütterliche das unannehme Gerücht bezieht, daß das Kultusministerium über die Einmütigkeit —, daß zu diesen Vorarbeiten, die mit zahlreichen Fragen finanzieller, juristischer und allgemein politischer Natur verknüpft sind und in die auch die Frage der äußeren Politik hineinspielt, auch Vertreter der Kirche herangezogen werden müssen. Vorbereitungen mit berufenen

Vertrauensmännern der Geistlichkeit und mit anerkannten Lehrern des Kirchenrechts sind bereits eingeleitet. Es ist jede Gewähr dafür gegeben, daß nichts geschehen wird, ohne die loyalste Rücksichtnahme auf die berechtigten Interessen und Empfindungen auch der kirchlich denkenden Kreise des preussischen Volkes. Nichts wird über das Maß gebrochen werden. Von allem andern abgesehen, würde das schon die Rücksicht auf die allernächste politische Lage verbieten. Das preussische Kultusministerium treibt keine enge Ressortpolitik, sondern Staatspolitik. Zur Vermeidung der katholischen Bevölkerung liegt keinerlei Anlaß vor. Eine offizielle Erklärung des Ministeriums in dieser Frage erfolgt in den nächsten Tagen.

**Die Reichskonferenz.**

Berlin, 25. Nov. WZB. Die Nachmittags Sitzung wurde eingeleitet durch eine Rede des Volksbeauftragten Barth, der die Konstituante für notwendig erklärte, aber vorerst die A- und S-Räte als Vorparlament betonen will. Die Diktatur wolle niemand verlängern. Zu der Frage

**„ob Nationalversammlung oder Friedensparlament“**

könnte man sich erst äußern, wenn sie gestellt würde. Präsident Merges-Braunschweig wendet sich jetzt gegen die Konterrevolution, die Schuld sei, wenn ein Tropfen Blut fließt, und gegen die Kerenskiatik der Regierung. Die Diktatur müsse solange bleiben, bis die Verhältnisse sozialistisch umgestaltet seien. Regierung müsse vom Volksgesetz hinweggesetzt werden, denn sie gehöre nicht auf ihren Platz. Ebert verweist darauf, daß die Regierung vom Vertrauen der Parteien und der A- und S-Räte getragen werde, und daß an dem angeblichen Befehl des Generals Sig v. Arnim an das Feldheer, den der Vordränger zitiert habe, kein wahres Wort sei.

Ersipien-Württemberg warnt vor übertriebener Hitze gegen SPD-tendenziösen Sozialismus. Er erklärt sich uneingeschränkt für die Nationalversammlung. Er wünsch eine wirklich gute Pressebildung der Regierung und einen Gerichtshof für die Schuldigen am Kriege, nicht zu deren Verstrafung, sondern zur Feststellung. — Geist-Baden spricht für baldige Einberufung der Nationalversammlung. Ohne sie sei kein Frieden möglich. Eisner warnt vor Durchführung des Sozialismus im Augenblick der Zerüttung. Er bezeichnet die A-, S- und Bauernräte als die Grundfrage der künftigen Arbeit. Die Nationalversammlung müsse die Ordnung des Gebäudes sein, nicht die Grundfrage. Die Regierung sei rein sozialistisch umzuformen, das Auswärtige Amt mit unbesetzten Männern zu besetzen und schließlich ein Präsidium zu wählen, das Deutschland vertreten und mit der Entente verhandeln könne. Er verlas sodann seinen schon veröffentlichten Protest gegen Hindenburg.

Ebert verwahrt sich gegen die Angriffe auf die Regierung, deren politische Leistung rein sozialistisch sei, und dagegen, daß man mit Redensarten über die große Arbeit der Volksbeauftragten hinweggehe.

Erzberger belehrt den Imperialismus unserer Feinde

Nach Ausführungen Laufenburgs-Hamburg über die Beteiligung des Bürgeriums an der Volksvertretung nach Abgabe seiner wirtschaftlichen Kraft verlas Ebert die eingegangenen Anträge.

**Der Traum in Feindesland.**

Roman von Julius Schoenthal.

23 (Kochdruck verboten.)

Nach einer kurzen Pause fuhr Ritterley fort: „Das heißt, er hat auch noch bessere Mittel gehabt, oder, wenn Sie wollen, absteigerte. Denn, ehrlich gesagt, der Lord ist ein —“ Der junge Offizier erhob sich und fiel seinen Gegenüber in die Arme.

„Bitte, sprechen Sie nicht aus! Ich war über eine Woche sein Gast und möchte nicht, daß meine Gastfreunde belächelt werden.“

„Ich will mit meinem Urteil zurückhalten; Sie sollen sich selbst ein Urteil bilden.“

Und er reichte ihm den Brief an den Lord, in den Longford vermerkt Einbild ist.

„Wenn ich Sie für ein paar Minuten um Geduld bitten darf, werden Sie den Brief vielleicht eher verstehen.“

Longford nickte teilnahmslos. Was gingen ihn die persönlichen Verhältnisse und Beziehungen dieses Menschen zu dem Zeitungskönig an? Er wollte Klarheit über Lady Ediths Charakter gewinnen und mußte sich nun eine Erzählung von irgendeiner allfälligen Zeitungsberei vorsetzen lassen.

Ritterley hatte das Nichts bemerkt. Er räusperte sich. „Ich danke Ihnen. — Wir tut es wohl, mich einmal ansprechen zu können. — Nun, Sie wissen selbst, daß ein junger Dichter, dessen Name noch keinen Klang in der Welt hat, nicht von den Erbkäufern seiner großen Werte leben kann. Ich möchte mir also irgendeinen Nebenberuf suchen, um mit meiner Familie leben, soll heißen arbeiten zu können, bis die nettliche Dame, wie Sie sie nannten, sich zu einem Stehdienein herbeiließt. — So schrieb ich kleine Beiträge für unsere Zeitungen, möglichst an die Ereignisse des Tages angelehnt, allerlei unterhaltsames Zeug, das dem Geschmack der Zeitungsleser nicht „sehr nicht, zu hoch“ ist. Es ist auch auf diesem Gebiete schwierig, sich emporzurängen, aber immerhin leichter, als man gemeinhin annimmt, — wenn man eben bloß

langsamere bietet, wie sie gerade vom Markte verlangt wird. Meine Einkünfte waren geringfügig und nicht gerade regelmäßig. Vor allem wunderte ich mich über eins. Da kam es oft genug vor, daß ich einer Zeitung in Sheffield oder Reading eine kleine Arbeit anbot. — ohne Erlola. Sie schickte sie mir zurück. War das Auffächeln oder erst einmal hier in London oder in Manchester erschienen, dann gefiel es den Lesern und sie druckten's nach. Sie werden nun glauben, daß künne mir nur erwünscht sein, denn dadurch hätten sich ja meine Einkünfte gehoben?!"

Der Hausmann sah genudt drein. Was kümmerte ihn diese Zeitungsfachsimpelei? Er nickte wieder und Ritterley erleichterte weiter sein Herz:

„Ja, so, ich habe auch so ähnlich gedacht. Aber als ich den Kochdruckern eine Rechnung sandte, kam ich schon an. Sie verboten sich die unverschämte Dreifigkeit und was derlei Liebeshandlungen mehr waren.“

Nur, um etwas zu sagen, kost Longford ein:

„Mit dem der Kochdruck hier in England nicht verboten? Ich verleihe leider wenig von diesen preisgekrönten Vorrichtungen.“

„Ich habe verachtet, mein Recht nach amtlichem Gesetz zu bekommen. Obenotig und mit mehr Gewinnsucht hätte ich in der Lotterie spielen können. Der eine Richter sagte ja, der andere nein. Und deroeil druckten die biederen Leute fleißig weiter nach. Das war ja auch viel billiger, als wenn sie die Arbeiten von mir bezogen hätten. Schließlich konnte ich doch nicht jeden Mittelalter ermitteln. Denn dazu hätte ich ja alle Zeitungen täglich lesen müssen. — Doch auch dies wäre am Ende noch zu ertragen gewesen, wenn man nicht. — wissen Sie, sie haben da eine grobhartige Nachschreibart, die „Brey-Edition“, und die besagt zu schützen und zu behen. Erst dich es, ich verlange zumel, ich sei ein Bucherer — dann: ich hätte meine Arbeiten selbst abgeschrieben und sei ein Betrüger, dann: ich hätte Leute verklägt, ohne ihnen überhaupt eine Zahlungsaufforderung zugehen zu lassen. Ja, Kopf's, die „Brey-Edition“ nahm ich bei der durch mich fürchterlichen Drucken bedrängten ommen Zeitungsberei an; da fand es gar nicht so zu lesen vom ähnlichen Zeitungsberei,

der immer rinnen müsse, während unter einer, so ein hergelassener Kaffeehauskritiker für irgendeine belanglose Richtigkeit unannehme Gelder fordere.“

Longford lachte und Ritterley sprach unter heftigen Gesten den Faden seiner Erzählung weiter:

„Haben Sie schon einmal einen Zeitungsverteiler gesehen, der ein armer Teufel gewesen ist? — Ich nicht! — Wohl aber ist mir bekannt, daß Tausende und Hunderttausende von Schriftstellern schon verhungert sind. — Nicht alles nichts, der Rube wird gehängt! — Was ich mich alles schimpfen lassen mußte, das aufzugeben, würde Hände füllen. Der ganze Verleumdungsstreik gegen mich ist ein ebenso unauflösbarer Schandfleck der englischen Presse wie die Grenzberichte und sonstigen Reklamationen, die wir jetzt seit fünfzig Jahren in alle Welt hinausvolantieren. Aber die echten Journalisten können überhaupt nicht mehr die Wahrheit sagen; sie können bestenfalls eine Meinung vertreten. — Abriegen Sie können sich wohl denken, wie freundlich mir die Richter gesinnt wurden, wenn ihnen ein würdiger Zeitungsverteiler die neueste Nummer der „Brey-Edition“ unter die Nase rieb. — Na, da wachte man's ja, mer der Kläger war: ein Breykritik, Kochdruckfänger, Bucherer, Revolverjournalist, Expresseur und Betrüger. Und die Vuderrücken nickten weiße: richt en wrong, die Berrücke fiel nicht herunter. — Ich bekam in den letzten Fällen mein Geld. Und die ganze Hege wurde angeleitet vom Nachblatt der „Brey Union“, der so ziemlich alle bedeutendsten Zeitungsbereiter der Vereinigten drei Königreiche angehören. Den Schmierfinken, die mich um mein Geld prellen und schließlich in Grund und Boden komern wollten, war in jenen Spalten Lär und Tor gebläet. Wenn ja ein ehemaliger Gelehrterling, der es im Laufe der Jahre zum hochwürdigen Zeitungsbereiter gebracht, einen unverschämten Brief an mich schrieb, dann konnte er gewiß eine Adressen an die „Brey-Edition“, damit mir ja die ganze „Brey Union“ erfahre, wie trefflich er mit auf die Finger gekloht. Ich war eben beglückt und mochte Arbeiten verdienen, die schon Mittelstücke in seinem Kochdruck bezogen mochte.“

(Fortsetzung folgt.)

... rühe gegen jede

### Dictatur von Berlin

und erklärte die Nationalversammlung für das einzige Mittel gegen den Separatismus.

Scheidemann unterstreicht Ebers Ansicht, daß man im Augenblick der Zerschlagung nicht sozialisieren könne, wendet sich aber gegen ein Riffenparlament, wie es die A. und S. Räte auf die Dauer wüßten, und nennt die technischen Schwierigkeiten der Nationalversammlung schiefe Zwischäden. Man brauche keine Wählerlisten zur Legitimation für jeden Wähler wie nach der Wahl abgestempelt würden; und für jede Partei eine Wählerliste für das ganze Reich.

Stadtmann. Sachsen schließt sich ihm an und nennt die Nationalversammlung eine Schicksalsfrage.

Belehrer Herzfeld spricht für die unbedingte Beibehaltung der A. und S. Räte, bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Vollzugsbeauftragter Haase weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die bürgerlichen Parteien bereit erklärt hätten. Scheidemanns Vorschläge billigt er nicht und betont die Schwierigkeiten der Wahl: Ob z. B. in den okkupierten Gebieten frei abgestimmt werden könne und wie sie in Bayern gehandhabt werden solle. Die Räte als Versammlungen in den Bundesstaaten bietet er zurückzustellen. Zwischen Sold und den Vollzugsbeauftragten herrschen allerdings Meinungsverschiedenheiten, welche die heutige Rede noch unklar läßt. Unverantwortliche Einflüsse gegen die sozialistische Republik würde die Reichsregierung nicht.

Nach einer kurzen Schlußrede bei der Min. Hirsch bedauert, nicht mehr im Namen Preußens gegen die Fortsetzung preussischer Gebiete protestieren zu können, wird auf Vorschlag Ebers folgendes Resümee als

### Ergebnis der Verhandlungen

angenommen:

1. Die Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands ist ein dringendes Gebot. Alle deutschen Stämme stehen geschlossen zur deutschen Republik. Sie verpflichten sich entschieden im Sinne der Reichseinheit zu wirken und separatistische Bestrebungen zu bekämpfen.
2. Der Versuch einer konstituierenden Nationalversammlung wird allgemein zugestimmt, ebenso der Wunsch der Reichsleitung, die Vorbereitungen zur Nationalversammlung möglichst bald durchzuführen.
3. Bis zu Zusammentritt der Nationalversammlung sind die A. und Soldatenräte die Repräsentanten des Volkswillens.
4. Die Reichsleitung wird ersucht, auf schnelle Zerstückelung eines Präliminarfriedens hinzuwirken.

Beim letzten Punkt der Tagesordnung über die wirtschaftliche Lage erhalten Staatssekretär Wurm vom Reichsernährungsamt, Staatssekretär Köhler vom Demobilisationsamt und Staatssekretär Müller vom Reichsarbeitsamt Referate. Müller warnt vor allem vor unberechtigten Eingriffen in den feiner Apparat des Geld- und Kreditwesens und schlägt folgende

### Resolution

vor, die einstimmig angenommen wurde:

Um das wirtschaftliche Leben Deutschlands aufrecht zu erhalten, die ungesicherte Pflanze des Landes mit Lebensmitteln und Rohstoffen aus dem Auslande zu sichern und die deutsche Volkseinheit im In- und Auslande kreditfähig zu erhalten, ist das Fortarbeiten aller Banken, Sparkassen und sonstigen Kreditinstitute auf deren bisheriger Grundlage und in der bisherigen Form unbedingt erforderlich. In Uebereinstimmung mit den Vertretern der deutschen Einzelstaaten erklärt daher die Reichsregierung, daß jeder Eingriff in die geschäftliche Tätigkeit der Kreditanstalten zu unterbleiben habe.

Staatssekretär Schiffer vom Reichsernährungsamt weist auf das Gefährliche der Finanzzustände des Reiches hin. Eine zu lange Dauer des reichslosen Zustandes müsse zum Zusammenbruch der Finanzen führen. Daher fordert er aus rein praktischen Gründen die Nationalversammlung. Es entwickle sodann ein großes Finanzprogramm, in dem schärfste Bekämpfung der Steuerflucht, eine große Kriegsgewinnsteuer, sowie Besteuerung der Mehrgewinne und Vermögensabgabe enthalten sind.

Auf die Ausführungen von Ebert-Drauschweig verlas Staatssekretär Köhler die neueste Verordnung gegen die Welterfüllung der Kriegsaufträge, und nach 9 Uhr abends spricht Ebert das

### Schlusswort:

Wenn die deutsche Republik leben soll, so bedarf sie der Arbeit, und Sozialismus ist Arbeit! Er appelliert sodann an die Arbeiter und Soldaten, damit die deutsche Arbeiterschaft der Welt zeige, daß 50 Jahre der Erziehung zur Selbsttätigkeit durch die Sozialdemokratie nicht verloren seien. — Der Bericht der heutigen Sitzung macht es allen zur Pflicht, für die neue Republik die staatsrechtliche Festigung in der Nationalversammlung zu schaffen.

Unter lebhaften Beifall dankt er und schließt die Konferenz.

### Die Kriegsschuldfrage.

Berlin, 20. Nov. Zu den Enthüllungen des bayrischen Regierung wird dem Wiener Korrespondenten der „So-

zialen Zeitung“ von einem Diplomaten, der von den Vorgängen vor Kriegsausbruch genauere Kenntnis hat, erzählt, die Herren Behrmann, Hollweg, Jagow und Zimmermann hätten in der Tat das Ultimatum an Serbien nicht früher gekannt. Der Wortlaut sei in Wien ohne jede deutsche Mitwirkung aufgesetzt und zweimal 24 Stunden vor seiner Ueberreichung in Belgrad Herrn von Tschirch, dem damaligen Botschafter in Wien, ausgehändigt worden. Er hätte aber diesen Wortlaut erst am folgenden Tage schriftlich per Bahn durch einen Leihjäger nach Berlin bringen lassen, wo er dem Staatssekretär des Auswärtigen und der deutschen Regierung somit erst zur selben Stunde bekannt wurde wie der serbischen Regierung in Belgrad. Auf dem Prachtweg sei der Wortlaut gewiß nicht nach Berlin weitergeleitet worden. Von deutscher Seite steht eine Veröffentlichung in nächster Zeit bevor. Aber auch von deutsch-österreichischer Seite werden Publikationen vorbereitet. Der neu-deutsche österreichische Gesandte in Berlin, Ludo Hartmann, hat unter Dr. Victor Adler und Dr. Otto Bauer bereits das Archiv der Vorkriegszeit gründlich überprüft und zweifelslos den Eindruck gewonnen, daß von Berlin aus stark und immer stärker gedrückt worden sei, um das Kriegunglück aufzuhalten. Hartmann würde die von ihm ausgedruckten Dokumente sobald veröffentlicht. Sie werden dann wohl zeigen, wo die Hauptschuld lag.

### Aus Stadt und Bezirk.

Magd., 27. November 1918.

**Verkauf von Pferden und Fuhrwerken.** Von österreichischen Infanterie-Divisionen werden vom Mittwoch ab in Hildbronn und Umgebung, voraussichtlich auch in anderen Orten, Pferde und Fuhrwerke in großer Anzahl gegen Barzahlung verkauft. Es wird verlangt werden, daß Verkäuferorte und Verkaufstage bekannt gegeben werden.

**Entlassung von Arbeitern.** Zur Regelung der Entlassung von Arbeitskräften, die infolge der Umstellung von Gewerbe- und Handelsbetrieben in die Friedenswirtschaft aus diesen ausscheiden müssen, sind auf Grund der Verordnung über die wirtschaftliche Demobilisierung vom Arbeitsministerium besondere Bestimmungen erlassen worden, die im Staatsanzeiger abgedruckt sind.

**Landesbekleidungsstelle.** Für die Versorgung der bürgerlichen Bevölkerung mit Kleidung und Schuhwaren ist eine Landesbehörde mit der Bezeichnung Landesbekleidungsstelle mit dem Sitz in Stuttgart errichtet worden. Wie bisher von den Zentralstellen für Gewerbe und Handel und für die Landwirtschaft wahrzunehmenden Aufgaben auf dem Gebiete der Versorgung der Web-, Wirk- und Stickwaren und den aus ihnen resultierenden Erzeugnissen, sowie mit Schuhwaren übernimmt. Sie hat ferner die Kommunalverbände und Gemeinden bei Erfüllung ihrer Aufgaben auf dem Gebiete der Bekleidungs- und Schuhwarenversorgung zu unterstützen und für einheitliche Durchführung der bestehenden Vorschriften Sorge zu tragen.

**Reiseprüfungen für Kriegsteilnehmer.** Auf Grund neuer Verhandlungen zwischen den deutschen Unterstaatssekretären können nunmehr auch solche Kriegsteilnehmer, die früher keine höhere Schule besucht haben oder in einer solchen nicht bis zur 6. Klasse aufgeschritten sind, unter gewissen Voraussetzungen zur Kriegsteilprüfung zugelassen werden.

**Militärgerichte.** Nach einer Bekanntmachung der Ministerien des Kriegswesens und der Justiz haben die Militärgerichte die anhängigen und noch anhängig werdenden Untersuchungen, soweit nicht eine Niedererschlagung im Sinne des Arrestgesetzes in Frage kommt, einzunehmen und weiterzuführen. Bis zu der unmittelbar bevorstehenden Neuorganisation der Zusammengehörigkeit der militärischen Spruchgerichte sollen die Verhandlungen ausgesetzt werden, soweit die Aburteilung durch die Zivilgerichte erfolgen kann.

**Das Ende der Diebstahlsnot.** Die durch die Helmholtz der Soldaten notwendig gewordenen Verschickungen in den kriegslosen Zeiten haben sich auf dem Diebstahlmarkt schon recht erheblich bemerkbar gemacht. Sie liegt jetzt erst eine Mitteilung aus dem Industriegebiet im Rheinland und Westfalen vor, daß zahlreiche Mädchen, die während des Krieges eine lohnende Beschäftigung in den Werkstätten für Heeresbedarf gefunden haben, sich jetzt nach Stellen im Haushalt umsehen. Die Diebstahlsnot geht aber nicht nur in diesen Gegenden, sondern überall zu Ende; das Angebot hält bereits wieder der Nachfrage die Wage, bald dürfte es sie übersteigen.

**12. Staatslotterie, 5. Klasse, 11. Ziehungstag.** Auf Württemberg gefallene Gewinne: 22 Nov. 1918. 3000 A auf Nr. 34758, 177918, 184310, 188902. 1000 A auf Nr. 174826, 175258, 175414, 183609, 199857, 200471, 212276. 500 A auf Nr. 175591, 177925, 178291, 177925, 178291, 186314, 187992, 188191. Außerdem 134 Gewinne zu 240 A. (Ohne Gewähr.)

### Aus dem übrigen Württemberg.

**Calw.** Am Sonntag kamen große Verbände von Fronttruppen von Lebnegg her durch die Stadt. Am Sonntag durchzogen schwere Munitionskolonnen westpreussischer Infanterie die Straßen; die ganze Einwohnerschaft bezugte den Monarchen freundlichsten Entgegenkommens. Die Kolonnen sollen von Stuttgart aus verladen werden. Am die Mitagsstunde kamen württembergische Divisionen, vom Pionierbataillon 12 in Ulm. Sie wurden akquartiert. Es wird damit gerechnet, daß der

Durchmarsch der hinkenden Truppen 3 bis 4 Wochen dauere. Aber Calw wird auch noch weiterhin Clappenort bleiben, bis der endgültige Frieden geschlossen ist.

**Rottenburg.** Die Stadt steht andauernd im Zeichen militärischen Hochtriebs. Täglich kommen neue Formationen ins Quartier. Der Verkauf der 80 Militärpferde hatte zahlreiche Kauflüste angelockt. Es wurden, laut Rottenburger Zeitung, bis zu 500 A pro Pferd erzielt. Die verkauften Wagen ergaben 60 bis 120 A, sind aber das Doppelte und Dreifache wert. Ein Wagen war noch gefüllt mit Krautköpfen; auch er ging mit 80 A ab. Das Kraut war natürlich erstoren.

**Rottenburg.** In den katholischen Kirchen des Landes wurde gestern ein Hinterschreiben verlesen, das den Gläubigen der Dürste dringend ans Herz legt, es erstens als je mit der Ablieferungspflicht zu nehmen. Es heißt darin: Wenn sich die Not noch mehr steigert, wenn der Hunger an dem Lebensmark unseres Volkes nagt, wenn unsere Säuglinge und Industriearbeiter nur ganz ungenügend mit Lebensmitteln versehen werden, ist Gefahr, daß wir nach dem Kriege gegen auswärtige Feinde nun auch noch den Hunger im Lande bekommen, daß der Hunger die Massen zur Revolution treibt, daß die Hungenden sich zusammenschließen, das Land überschwemmen und sich durch Raub und Plünderungen dort die Lebensmittel holen, wo sie noch zu finden glauben. Dadurch werden sich alle Bande der Ordnung lösen und würde der Krieg aller gegen alle entsacht. Der Hinterschreiber schließt: Betragt nichts, laßt nichts verderben, verwendet alles nur irgendwo zur Entbehrliche zur Hebung und Vinderung der gemeinsamen Not!

**Würlingen O. Rottenburg.** Wie schon berichtet, hat sich ein ungarischer Horresangehöriger auf einem Grundstück am Berghang gegen Pfälzlinge erhängt. Nach dem ärztlichen Befund war er geistesgestört. Von zwei hiesigen Bürgern, die sich zur Zeit im Urlaub befinden, wurde am Waldsaume oben am Abhang ein Grab geschachtet und die Leiche des Unglücklichen darin bestattet, fern von der Heimat, gleich denen, die in Frankreichs Erde ruhen.

**Oberndorf.** Gestern vormittag zog das Stuttgarter Dragoner-Regiment Nr. 26 mit klingendem Spiel und Gefolge durch die Stadt, gefolgt von einer langen, mehrere hundert Fahrzeuge zählenden Wägenkolonne, der sich auch die Bogengewagen des Dragonerregiments Nr. 25 angeschlossen hatten. Die frohgestimmten Mannschaften, die im Zuge getragene schwarz-rote Fahne, die wohlgepflegte Pferde- und Fahrzeug waren, laut Schwarzwälder Boten, mit Blumen und Bändern reich geschmückt. Der Durchmarsch vollzog sich in tadelloser Ordnung. Das Regiment bezog in Sulz und Umgebung Quartiere.

**Ulm.** Die Nachricht der Konf. Ztg., daß General Krauß von Dollmeningen in einem hiesigen Hotel verhaftet wurde, ist richtig. Die Sache hat sich aber schon vor 14 Tagengetragen. Der General, der in Ulm hier angekommen war und im russischen Hof abgestiegen war, hatte vor hier in einem Telegramm von der obersten Heeresleitung 2 Divisionen — aber keine Preußen — erbitten, um mit diesen Truppen die Revolution in München und Bayern wieder rückgängig machen zu können. Dieses Telegramm ist aber, einflusslos auch in Württemberg die politische Wendung eingetreten war, aufgeflogen und die Festnahme des Feldmarschalls veranlaßt worden. Der Verhaftete wurde mit seiner Gattin nach Neu-Ulm und dann nach München verbracht.

### Die deutschen Fahnen!

Stuttgart, 25. Nov. Von den beiden Fahnen auf dem Residenzplatz ist das Schwarz vom Soldatenrat abgetrennt worden und der rote Streifen flattert allein und halbmaß im Wind. Auch an anderen öffentlichen Gebäuden ist so geschahen, und nun sind die Schulen aufgefordert worden, nur schwarz-rote und schwarz-gelbe, aber keine deutschen Fahnen auszuhängen! Am 20. Nov. hat Genosse Schimmel im Aktionsausschuß des Stuttgarter Arbeiterrats H. Bericht der „Roten Fahne“ zur Beflaggung der öffentlichen und privaten Gebäude mitgeteilt, daß der Arbeiterrat mit Rücksicht auf den Mangel an rotem Tuch seine Zustimmung gegeben habe, daß auch andere Fahnen verwendet werden dürfen. Mit keinem Wort ist hier von einem Verbot der deutschen Fahnen die Rede, das jetzt den Schulen durch Schulräte bekannt gegeben wird. Die heute vorm. eingezogenen Fronttruppen hatten ihre Wagen mit deutschen Fahnen geschmückt, sie trugen an den Wägen die deutsche Kokarde, deren Abstreifen der demokratische Landtagsabg. Fischer als „das kindischste an der ganzen milit. Revolution“ bezeichnete; heute kamen in Berlin Vertreter der Einzelstaaten zusammen, um die so notwendige Reichseinheit zu sichern — ist es da angebracht, bei einer allgemeinen Beflaggung die Reichsfahnen zu verbieten?

### Neue Maßnahmen zur Kohlenersparnis.

Stuttgart, 25. Nov. Infolge der erzwungenen über-eilten Rückmarschs unserer Fronttruppen haben wir über den Rhein verschiedenlich Notbeschlüsse schlagen müssen. Die Rheinwasserstraße ist dadurch für 14 Tage vollkommen gesperrt. Die Kohlelieferungen nach Württemberg werden auf mindestens 3 Wochen aussetzen. Es muß also gespart werden. Die vorläufige Regierung bereitet deshalb eine Reihe von Maßnahmen vor, die für die kommenden Wochen den Verbrauch von Licht, Wärme und elektrischer Kraft aufs schärfste einzusparen. So

werbetriebe, Bistros, Kneipen, Schulen und Läden müssen ihre Arbeitszeit auf die hellen Tagesstunden verkürzen. Die Polizeikräfte werden auf 9 Uhr abends festgelegt, Straßenbahn und Straßenbeleuchtung werden um 10 Uhr außer Betrieb gesetzt. Sobald die Kohlenkrise vorüber ist, werden die Beschränkungen aufgehoben. Die Regierung muß von der gesamten Bevölkerung unbedingtes Einhalten der neuen Bestimmungen verlangen. Die Aufrechterhaltung des Wirtschaftsbetriebes unseres Landes hängt davon ab, daß jeder spart, wo er kann. Der geordnete Rückzug unserer tapferen Heere legt uns diese Einschränkungen auf, wir können ihnen so zu einem kleinen Teil unseren Dank abstellen. Frankreich drängt unerhittlich hinter unseren Truppen her. Jedes Pfund gesparte Kohle bedeutet einen deutschen Gefangenen weniger!

**Letzte Nachrichten.**

**Französische Anklage gegen die deutsche Regierung.**

Genf, 26. November. Amlich wird aus Paris gemeldet: Deutschland legt seinen Feldzug auszusitzen müderer Waffenstillstandsbedingungen fort. Wir wissen jedoch, daß es immer noch in der Lage sein wird, den Bedürfnissen seines Verkehrs zu genügen, wenn es die von uns geforderten 150 000 Waggons und 5000 Lokomotiven ablehnt. Die Alliierten werden nicht zugeben, daß es mit seinen Klagen versucht, den Folgen seiner Niederlage zu

entgehen. Immer noch droht uns Deutschland mit dem Bolschewismus. Es ist richtig, daß die Spartakusgruppe eine drohende Haltung einnimmt, und daß die A- und S-Räte von Berlin den Anspruch erheben, an der Reichsleitung teiligen Anteil zu nehmen. Es ist auch natürlich, wenn Deutschland deshalb Unruhe befürchtet und sich etwas an uns wendet, daß wir ihm zur Wiederherstellung der Ordnung behilflich seien.

Ganz und gar unzulässig aber ist es, daß die deutsche Regierung in demselben Augenblick, wo sie Angstschreie vor der wachsenden Anarchie ausstößt, ihre Agenten eifrig für die Verbreitung bolschewistischer Ideen in den neutralen Ländern wirken läßt.

**Kurzer Prozeß in Straßburg.**

Köln, 25. Nov. Durch einen Gewährsmann, dem es gelungen ist, noch im letzten Augenblick Straßburg zu verlassen, erhält die „Kölnische Ztg.“ die Mitteilung, daß die Franzosen unmittelbar nach ihrem Einmarsch den achtstündigen Arbeitslag beseitigt haben. Wo sich unter der Arbeiterschaft Widerstand zeigte, wurden alsbald die betreffenden Werkstätten militärisch besetzt und wurde mit sofortiger Anwendung von Gewalt gedroht. Die Arbeiter- und Soldatenräte und sonstigen Einrichtungen der Revolution wurden ohne weiteres beseitigt.

**Rücktritt des Justizministers Dr. Spahn.**

Köln, 27. Nov. Draht. Die „Köln. Volksztg.“ meldet, daß Justizminister Dr. Spahn von seinem Amt zurückgetreten ist.

**Hoover in Paris.**

Paris, 26. Nov. Draht. Der amerikanische Lebensmittelkontrollleur Hoover ist gestern hier eingetroffen.

**Rumänien und Ungarn.**

Budapest, 25. Nov. WTB. Der Anmarsch größerer rumänischer Truppenverbände über die östliche Grenze Ungarns ist in vollem Gange. Am Sonntag nachmittag ist das rumänische 13. Korpskommando 2000 Mann stark mit Stab und Militärkapelle in Gyergyó Telegyts einmarschiert.

**Der Beginn der Vorfriedensverhandlungen.**

Berlin, 27. Nov. Draht. Aus Kopenhagen wird gemeldet: Nach Mitteilungen des „Echo de Paris“ werden die Vorfriedensverhandlungen erst Anfang Januar beginnen. Sie werden etwa 1 1/2 Monate dauern, sodaß mit dem endgültigen Abschluß bis Ende Februar gerechnet werden kann. Falls keine Hindernisse seitens Deutschlands eintreten, wie Unordnung oder Unruhen im Innern, werde man den Waffenstillstand, der am 17. Dezember abläuft, verlängern.

**Die Vorbereitungen zur Nationalversammlung.**

Berlin, 27. Nov. Draht. Berliner Blätter melden, daß gestern die Kommission für das Wahlgesetz zur Nationalversammlung zusammentreten sei. Im Wahlgesetz soll auch gleichzeitig der Wahltermin bekanntgegeben werden.

Für die Schlichtung verantwortlich: Paul Gatz, Nagold. Straß n. Brühl bei W. M. Jellrichs Buchdruckerei (Karl Jellrich) Nagold.

**Bekanntmachung des Württ. Kriegsministeriums**

Nr. 17916 R. 18. A. 1.

Am Anschluß an die Bekanntgabe im Staatsanzeiger für Württemberg vom 19. 11. 18 Nr. 274 betreffend die Neuordnung der Kommandoverhältnisse — monach das stellv. Generalkommando dem Kriegsministerium unterstellt ist — wird unter Aufhebung aller entgegenstehenden Anordnungen bestimmt, daß zunächst bis zum Eintreffen des allgemeinen Demobilisationsbefehls die Demobilisierung sämtlicher württembergischer Truppen durch das stellv. Generalkommando durchzuführen ist.

Stuttgart, den 22. November 1918

Der Leiter des Kriegswesens  
Fischer.

**Bekanntmachung**

des Leiters des Kriegswesens.

Nr. 17620 R. 18. A. 1.

Sämtliche von der Linienkommandantur W erlassenen Anordnungen betr. das militärische Transportwesen auf den Württembergischen Staatsbahnen sind im Einvernehmen mit dem S. R. getroffen und unbedingt auszuführen.

Kein besoldeter Soldatensoldat ist berechtigt, in Bezug auf die militärische Benutzung der Eisenbahn Anordnungen zu treiben oder auf andere Weise in den Bahnbetrieb einzugreifen.

Stuttgart, den 21. November 1918.

Fischer.

**Vergabung**

der Lieferung von Fleisch und Wurstwaren, Bier in Flaschen und Mineralwasser für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1919 für das Kellerslazarett Nagold findet Dienstag den 3. Dezember 1918, vorm. 11 Uhr, auf dem Geschäftsraum der Abt. Waldeck statt. Bedingungen liegen daselbst auf.

Kellerslazarett Nagold.

**Klavierstimmer**

kommt in einigen Tagen nach Nagold und Umgegend. Aufträge erbeten an  
Musikhans Sattler, Pforzheim, Württemberg 30.

**Saiterba...**

**Zugtiere,**



gut im Zug, verkauft

Johannes Haizmann, Bauer.

1919

Mk. 1.65

**„Von schwäbischer Scholle“**

**Kalender**

für schwäb. Literatur und Kunst.

Vorrätig bei G. W. Zaiser, Buchhandlung Nagold.

**Nagold.**

**Bürgerversammlung**

am nächsten Mittwoch 27. Nov.

abends 8 Uhr

im Traubensaal, wobei Herr Professor Bauer von hier über die

**gegenwärtige politische Lage u. die allernächsten Aufgaben des Bürgertums**

sprechen wird. Hernach allgemeine Aussprache! Die Nagolder männl. und weibl. wahlberechtigten Einwohner werden dringend hierzu eingeladen.

Volksverein Nagold.

**Alle kleinen Anzeigen**

Versteigerungen  
Stellenangebote  
Stellengesuche  
Ausschreibungen  
Kaufgesuche  
jeglicher Art  
Verleihung von  
Hypothekengeldern  
u. s. w.

inseriert  
man mit  
bestem  
Erfolge  
im

Vermietungen  
Verpachtungen  
Kapital-Gesuche  
Vorkäufe von  
Grundstücken  
Bauernglatern  
Villen und  
Wohnhäusern  
u. s. w.

**Gesellschafter.**

Kotzfelden Da. Nagold.  
Für sofort oder später luche ich einen tüchtigen, selbständigen u. zuverlässigen

**Knecht**

bei guter Behandlung.  
Frau Katharina Dengler  
Witwe.

Unterschwandorf.  
Ein löstler

**Pferde-  
Knecht**

kann auf dauernd ein treten  
Fritz Rapp, Mühle.

**Kalender**

zu haben bei  
G. W. Zaiser, Buchhlg. Nagold

**Mädchen-Gesuch.**

Ein tüchtiges  
Mädchen,

nicht unter 17 Jahren, für Haus und kleinere Landwirtschaft zum baldigen Eintritt gesucht.

Karl Simmendinger,  
Mühle Rohrdorf  
bei Nagold.

**Dienst-  
mädchen!**

Ich luche für meinen kleinen Haushalt, 3 Personen, ein tüchtiges Mädchen gegen hohen Lohn.

Frau Otto Michelson  
Calw.

Gut möbliertes und helles

**Zimmer**

per sofort  
zu mieten gesucht.

Angebote an die Geschäftsstelle d. St.

Violin-  
Gitarre-  
Zither-  
Saiten

in bester Qualität  
empfehlen  
G. W. Zaiser,  
Buchhlg., Nagold.

**Volksbibliothek**

Nagold.

Bücherabgabe

von jetzt an  
jed. Donnerstag 4-5 Uhr.

**Zu verkaufen**

1/2 Tille Zigarren  
(Friedensware)

in 1/2 Packung Preis 50 Pf.  
Off. unter E. N. 90 an  
die Geschäftsstelle h. St.

Erzeugnisse Da. Nagold.

**Berkaufe**

ein 10  
Monate  
altes  
Rind  
M. Stichel.

Sechsböcker.  
Zu  
kaufe  
ältere,  
20 Wo-  
chen  
trüchtige

**Schaffkuh.**

Johannes Walz.

**Wildfelle,**

Gasen, Füchse, Zitrone,  
Käse, Wader, Maul-  
würfe,  
werden eingekauft und mit  
dem höchsten Preis bezahlt  
E. Neyle, Pforzheim  
neben dem Rathaus.

